

Politische Erinnerungen an 2015



5 JAHRE

FLÜCHTLINGSKRISE

Sternstunde der Menschlichkeit oder Urkatastrophe der neuen Zeit? Christian Kern und Reinhold Mitterlehner haben die Flüchtlingskrise aus verschiedenen Perspektiven erlebt, der eine als ÖBB-Chef, der andere als Vizekanzler. Die Nachwehen ließen ihre Wege kreuzen, um am Ende die politischen Karrieren beider zu untergraben. Im Rückblick fallen ihre Resümees bitter aus – was nicht zuletzt mit dem heutigen Bundeskanzler zu tun hat.

NACHGEFRAGT: Gerald John, Theo Anders

Warum Christian Kern Strache und Kickl für Gewinner hält

Eine Eruption der Menschlichkeit“: So nennt Christian Kern, was sich vor fünf Jahren auf heimischen Bahnhöfen abgespielt hat. Weil Deutschland die Aufnahme von in Ungarn gestrandeten Flüchtlingen zugesagt hatte, landeten zehntausende erst einmal in Österreich – und lösten, wie sich der Augenzeuge erinnert, „ergreifende Szenen“ aus: „Gewöhnliche Bürger karren Essen heran, Kinder verschenkten Plüschtiere – eine große Leistung der Zivilgesellschaft. Die staatlichen Stellen waren, wie nun in der Corona-Krise, völlig überfordert.“



Ex-ÖBB-Chef und Ex-Kanzler Kern erinnert sich an eine ungeahnte „Eruption der Menschlichkeit“.

Foto: Matthias Cremer

Als ÖBB-Chef war Kern damals Teil der Hilfsmaschinerie. Die Bundesbahn richtete Notherbergen in Büros ein, stellte Feldbetten in Bahnhöfen auf, fuhr Flüchtlinge ohne Fahrschein durchs Land. „Das war auch ein Akt der Vernunft“, sagt Kern: „Die Menschen hatten begonnen, von der Grenze entlang der Gleise zu gehen. Das hätte den Bahnbetrieb in Kürze lahmgelegt.“

Bis heute sieht der Ex-Generaldirektor in den Ereignissen „einen der besten Momente in unserer Geschichte, auch wenn manche das nun als Urkatastrophe brandmarken“. Warum die Stimmung in der breiten Masse bald zugunsten jener, die letztere Deutung verbreiten, gekippt ist? Das erklärt er mit Szenen, die sich ein paar Wochen später abgespielt haben. Flüchtlingscharen hatten sich, unter den Augen scheinbar ohnmächtiger Polizisten, über die steirische Grenze gedrängt. „Es entstand der Eindruck, dass der Staat die Kon-

trolle verloren hat“, sagt Kern. „Die Medien zeigten nonstop Bilder von Massen, die Sprache hatte sich verändert: Statt von Menschen war nun von Strömen und geöffneten Schleusen die Rede.“

In dem Moment hätten die Behörden kaum noch anders reagieren können, fügt er an, denn Gewalteinmärsche gegen verzweifelte Menschen an der Grenze dürften keine Option sein. Das politische Versäumnis sei früher passiert. Im Irrglauben, „dass uns das alles nichts angeht“, hätten Europas Staaten die anschwellende Krise in Syrien verdrängt: „Die Flüchtlinge sind nicht aus dem Nichts gekommen.“

Mit Verzögerung bescherten die Vorfälle Kerns Karriere eine doppelte Wendung. Mit seiner schwankenden Asylpolitik hatte Werner Faymann den Kredit in der SPÖ verspielt, im Mai 2016 folgte ihm der ÖBB-Chef als Kanzler und Parteichef nach. Dass die Zeit an der Regierungsspitze bald wieder abgelaufen war, hängt für Kern ebenfalls entscheidend mit dem Reizthema zusammen. Analysen, wonach die SPÖ die Wahl 2017 – Stichwort Affäre Silberstein – eigenmächtig verweigert habe, hält er für „Bullshit“ und beruft sich auf die Einschätzung des Politologen Fritz Plasser, laut der die Sozialdemokraten angesichts der für Rechtsparteien formidablen Themenlage gar nicht hätten gewinnen können: „Es ging bei der Wahl fast nur um die Flüchtlingsfrage. Alles andere war powidl.“

An Sebastian Kurz gescheitert

Auch er habe sich als Politiker beim Thema Nummer eins – „das sage ich selbstkritisch“ – zu oft in defensiver Rückzugsrhetorik verloren. Wobei die ÖVP als Koalitionspartner aber auch keine ambitionierte Integrationspolitik zugelassen habe. So habe er mit dem damaligen Vizekanzler und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner vereinbart gehabt, Christian Konrad und Ferry Maier, „die als Flüchtlingsbeauftragte Großes geleistet haben“, zu Integrationsbeauftragten zu ernennen. Doch dann habe Mitterlehner einen Rückzieher gemacht, mit folgender Begründung: „Es tut mir leid, aber Sebastian Kurz und Wolfgang Sobotka wollen das nicht.“ Kerns Conclusio: „Manche Politiker bauen ihre ganze Karriere darauf auf, dieses Problem partout nicht zu lösen.“

Nach wie vor prägten die Folgen der Flüchtlingskrise das gesellschaftliche Klima, befindet der Ex-Kanzler, der die Politik im Herbst 2018 wieder verlassen hat: Die FPÖ scheine in Selbstauflösung begriffen zu sein, „doch eigentlich haben die Straches und Kickls gewonnen: Was diese Leute propagiert haben, wurde breiter Konsens und von der ÖVP übernommen.“ Und wieder landet Kern bei einer Analogie zu Corona-Krise. Damals habe sich jener politische Stil eingeschlichen, der sich dieser Tage selbst diskreditiere. „Wenn nur mehr die PR zählt“, verweist er auf diverse Regierungspläne, „setzt die Erosion der realpolitischen Fähigkeiten ein.“

Aktuelle Asylpolitik ist für Mitterlehner „zum Genieren“

Richtig eskaliert sei die Lage am 4. September, erinnert sich Reinhold Mitterlehner. Tausende Flüchtlinge traten an diesem Tag zu Fuß vom Budapester Keleti-Bahnhof den Weg Richtung Österreich an. „Die ungarischen Behörden konnten die katastrophalen humanitären Probleme am Bahnhof nicht mehr kontrollieren, und Viktor Orbán hat die Flüchtlinge ziehen lassen, um Druck auf Österreich und Deutschland auszuüben“, sagt Mitterlehner, einst Vizekanzler der rot-schwarzen Regierung. Er und Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) seien sich in einem Telefonat schnell einig gewesen, dass Österreich an der Grenze keine gewaltsamen Maßnahmen gegen die anmarschierenden Menschen unternehmen werde. Das war auch die Linie der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, die in die Entscheidung eingebunden war, zumal die meisten Flüchtlinge ohnehin nach Deutschland gelangen wollten. Österreichs Rolle bestand darin, den Transport von der ungarischen Grenze nach Deutschland zu organisieren.

Mitterlehner begab sich kurz darauf selbst zum burgenländischen Grenzübergang Nickelsdorf, um sich mit Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil ein Bild der Lage zu verschaffen: „Ich habe vor Ort gesehen, dass eine Anhaltung und Kontrolle der Ankömmlinge ein Riesenproblem dargestellt hätte.“ Die gesamte Tragweite der Ereignisse sei ihm dann bei der Rückfahrt nach Wien bewusst geworden, als allerorten Flüchtlinge über die Straßen liefen – eine „bedrückende Erfahrung“. Dass ein fortwährendes Durchschleusen der Menschen nach Deutschland nicht die langfristige Lösung sein konnte, sei ihm angesichts der zahlenmäßigen Dimensionen erst da so richtig bewusst geworden.

Für besonders wichtig hält der Ex-ÖVP-Chef in der Rückschau das Engagement der Zivilgesellschaft und der Hilfsorganisationen, die etwa am Westbahnhof spontan Getränke und Kleidung vorbeibrachten. Überhaupt sei die Atmosphäre anfangs von Hilfsbereitschaft geprägt gewesen, „sogar die *Kronen Zeitung* hat das unterstützt“. Der Umschwung sei allerdings umso rasanter gekommen. Fotos von verschmutzten Zügen oder weggeworfenen Spielsachen seien zur Stimmungsmache gegen Flüchtlinge in Szene gesetzt worden. Auch das Hickhack innerhalb der Koalition sowie zwischen Bund und Ländern über mögliche Standorte zusätzlicher Quartiere habe nicht gerade zur Entspannung beigetragen, konstatiert Mitterlehner.

Probleme im Management

Lob hat er ausgerechnet für das rot geführte Wien parat – heute die liebste Ziel-scheibe der Türken. Die Stadt habe sich ins Zeug gelegt, und Bürgermeister Michael Häupl sei im Wahlkampf für einen menschenwürdigen Umgang eingestanden.

Die Probleme im Management der Krise seien bald aber immer deutlicher geworden, insbesondere beim Andrang an der

Südgrenze im Herbst. Das Vorgehen, die Flüchtlinge einfach von Spielfeld nach Bayern zu transportieren, habe Deutschland nicht mehr umstandslos akzeptieren wollen. Daher habe Österreich restriktiver werden müssen und eine Asyl-Obergrenze festgelegt. „Das war ein erstes richtiges Signal an das Schlepperwesen“, argumentiert Mitterlehner.

Der Regierung sei es allerdings nicht gelungen, für ihre Politik ein Narrativ zu entwickeln, das von der Bevölkerung akzeptiert wurde. Nur der Außenminister habe frühzeitig erkannt, wie viel politisches Ka-



Ex-Vizekanzler Mitterlehner blickt positiv auf das Engagement der Zivilgesellschaft zurück.

Foto: Matthias Cremer

pital sich aus dem Thema ziehen lasse – mit scharfer Kritik an Angela Merkel oder dem Schlagwort Balkanroute. „Sebastian Kurz ist zwar in allen Sitzungen der Koalition mit am Tisch gesessen, hat aber zugleich FPÖ-Rhetorik übernommen und so getan, als wäre er ein Außenstehender.“ Die Strategie ging auf. Kurz konnte sich durch seine enorm gestiegene Popularität ständige Querschüsse gegen Parteichef Mitterlehner leisten, der sich schließlich 2017 entnervt von allen Ämtern zurückzog. Ohne die Flüchtlingskrise wäre auch die Koalition nicht vorzeitig geplatzt, glaubt er.

Den politischen Rechtsruck in der ÖVP und in Österreich spüre man hingegen bis heute. Die Weigerung der jetzigen Regierung, auch nur einen einzigen minderjährigen Flüchtling aus den griechischen Lagern aufzunehmen, sei eine Folge davon. Diesen Kurs findet Mitterlehner „international zum Genieren“.

Wie Europa reagierte



Foto: Christian Fischer

Als im Sommer 2015 hunderttausende Menschen über das Mittelmeer und den Landweg in die EU kamen, zeigte sich die Uneinigkeit der Staatengemeinschaft: von Merksels Optimismus über Frankreichs Zögern bis hin zu Orbáns Widerstand.

PROTOKOLLIERT: Birgit Baumann aus Berlin, Bianca Blei, Thomas Mayer aus Brüssel

Es war Montag, der 24. August 2015, als Melissa Fleming noch daran glaubte, dass „Europa mit der Situation umgehen kann“. Die Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR meinte mit „der Situation“ die Flüchtlinge und Migranten, die in den Wochen zuvor in großen Zahlen an der Grenze Europas angekommen waren. Fleming stellte zwar klar, dass die „richtigen Maßnahmen ergriffen“ werden müssten, aber ihrer Meinung nach werden die Migrationsströme „Europa nicht auf den Kopf stellen“. Sie sollte sich täuschen.

Dass es ein gemeinsames europäisches Vorgehen braucht, war spätestens klar, als die EU-Grenzschutzagentur verlaublich wurde, dass nur im Juli 2015 rund 50.000 Menschen in Griechenland an Land gegangen waren. Genauso viele Menschen waren es im gesamten Jahr 2014 gewesen. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras rief um Hilfe. Sein Land war überfordert, man könne die Menschen nicht mehr adäquat unterbringen, geschweige denn korrekt registrieren. „Wir tun alles, was wir können, um die Menschen menschlich zu behandeln“, sagte Tsipras Anfang August. Aber die Union müsse helfen.

Gegenwind aus dem Osten

Das hatte die EU eigentlich bereits im Herbst 2014 unter Kommissionspräsident José Manuel Barroso zugesagt. Damals starben 300 Menschen auf einem Schiff vor Lampedusa – so etwas dürfe nie wieder passieren, sagte Barroso damals. Doch erst im April 2015 gab es unter Nachfolger Jean-Claude Juncker und nach weiteren tödlichen Schiffsunglücken einen Sondergipfel. Die von Juncker angeregte obligatorische Verteilung der Asylwerber auf alle EU-Staaten verlief aber schleppend. Ungarn unter dem Rechtspopulisten Viktor Orbán, aber auch Tschechien und Polen lehnten das offen ab. Andere unterliefen die Pläne durch Nichtstun.

Die meisten der ankommenden Migranten und Flüchtlinge wollten nicht in Griechenland bleiben. In großer Zahl zogen sie weiter in den Norden, an die Grenze zu Mazedonien – vor allem in die Grenzstadt Gevgelja, wo sich am Bahnhof chaotische Szenen abspielten, weil täglich hunderte Menschen einen der Züge nach Serbien besteigen wollten. Die mazedonischen Behörden ergaben sich bald dem Andrang und prüften die durchreisenden Migranten nicht mehr. Über Serbien drängten tausende nach Ungarn und somit weiter ins Zentrum der Europäischen Union.

Orbán stilisierte sich zum starken Mann und schickte Soldaten, Polizisten und Hunde an die Südgrenze, um den Flüchtlingen entgegenzutreten, später ließ er einen Zaun bauen. Ein Aufstand im Erstaufnahmezentrum Röszke wurde mit Tränengas niedergeschlagen. Eine Westbalkankonferenz in Wien sollte sich dem Migrationsthema annehmen und wurde überschattet von der Nachricht der 71 erstickten Flüchtlinge bei Parndorf.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat die Tragödie entsetzt. Am 31. August sagte sie den wohl berühmtesten Satz ihrer Amtszeit: „Wir schaffen das.“ Gemeint war die Lösung der Flüchtlingskrise. Zuvor waren zehntausende Menschen nach Deutschland geflohen. Dafür gesorgt hatte auch ein Tweet des Bundesamtes für Migration (BAMF), dass das Dublin-Verfahren für Syrer ausgesetzt sei und sie in Deutschland bleiben dürften.

Am Morgen des 4. September machten sich tausende Flüchtlinge und Migranten von Budapest zu Fuß auf den Weg in Richtung österreichischer Grenze. Orbán setzte den Marschierenden wenig entgegen – und somit Österreich und vor allem Deutschland das Messer an. Erst einen Tag davor hatte er das Flüchtlingsproblem ein „deutsches und kein europäisches“ genannt.

Erinnerung an die DDR

Merkel beobachtete das Geschehen in Ungarn genau. Später erzählt man sich, die Bilder hätten sie sehr berührt. Sie habe sich an die vielen Flüchtlinge im Jahr 1989 erinnert, welche die DDR via Ungarn verlassen wollten. Und sie wollte keine Grenzschießungen. Am Abend rief Österreichs Kanzler Werner Faymann an. Sie sprach danach mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und dem damaligen SPD-Chef Sigmar Gabriel. Beide waren einverstanden, dass die Grenzen nicht geschlossen werden. Alle fürchteten Gewalt. Nicht erreichen konnte Merkel CSU-Chef Horst Seehofer, weil er auf Urlaub war.

Dieser erfuhr erst am nächsten Tag, dass Tausende auf dem Weg nach Bayern waren. Kurz nach Mitternacht hatte die APA gemeldet: „Österreich und Deutschland erlauben aus Ungarn kommenden Flüchtlingen die Weiterreise in ihre Länder.“ Seehofer sprach später von einem „Fehler“. Es war der Beginn eines Zerwürfnisses, das ein Jahr dauern sollte.

Beschlossene Quoten

Die EU kam erst in den darauffolgenden Tagen in die Gänge. Mitte September 2015 wurde von den Innenministern unter luxemburgischem Vorsitz „verpflichtende Flüchtlingsquoten“ beschlossen. 160.000 Flüchtlinge aus Syrien sollten aufgeteilt werden. Ungarn und Tschechien stimmten dagegen – das war der Auftakt für eine jahrelange Torpedopolitik in der gemeinsamen EU-Migrationspolitik.

Selbst großen Staaten wie Frankreich war es nicht unangenehm, wenn die Osteuropäer den „Migrationseifer“ von Deutschen und Österreichern einbremsen. Merkel drückte, gegen den Willen von Staatspräsident François Hollande und zunächst auch der Kommission, den EU-Türkei-Pakt durch, ein Austausch von Milliardenhilfen gegen die Rücknahme von Flüchtlingen. Frankreich nahm nur einige Zehntausend Asylwerber auf, Deutschland fast eine Million.

Doch die Willkommensstimmung in der Bundesrepublik drehte sich, als in der Silvester-

nacht 2015 auf der Domplatte in Köln hunderte Frauen sexuell belästigt wurden. Wenig später triumphierte die AfD bei einigen Landtagswahlen, in Sachsen-Anhalt erreichte sie 24,2 Prozent. Im Jahr 2017 zog die AfD als stärkste Oppositionspartei in den Bundestag ein.

In der EU wurden zwar seit 2015 viele einzelne, kleinere gemeinsame Maßnahmen gesetzt. Gut zwei Dutzend Gipfel fanden statt, die sich mit dem Asyl- und Migrationsthema

beschäftigten. Aber die Umsetzung des „großen Asylpakets“ der Juncker-Regierung harrt nach wie vor der Umsetzung.

Im August 2020 bereitet man in der Kommission den nächsten diesbezüglichen Vorstoß vor: „Im Herbst“ will Präsidentin Ursula von der Leyen „ein ganz neues Asylpaket“ vorgehen: humanitäre Lösungen, strikter Kampf gegen Schlepperei und Kriminelle. Diesmal soll es aber wirklich klappen.



Wir küren das WIENERIN COVERMODEL 2020

16. Oktober 2020
ab 13:00 Uhr im Palais Schönburg

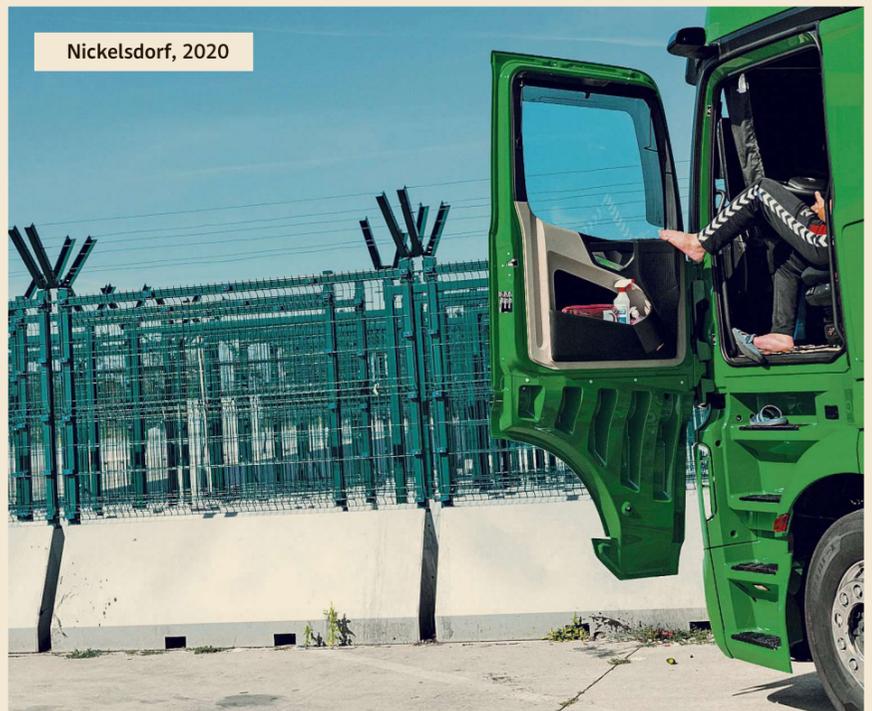
Die Top-Ten-Kandidatinnen des WIENERIN Covermodel-Contest 2020 stehen fest. Seien Sie dabei, wenn wir am 16. Oktober im Palais Schönburg gemeinsam das Covermodel wählen!

Jetzt anmelden unter wienerin.at/covermodel!

Der Grenz-Hotspot von einst



Fotos: Christian Fischer



Das Grenzareal Nickelsdorf (links im Jahr 2015, rechts 2020) war das Zentrum der Krise. In der Veterinärstation auf dem Gelände wurde jener Lkw entladen, in dem 71 Menschen erstickt sind.

Da liegt es einfach da, dieses Tür mit Seitenteilen. Manche Teile sind noch verpackt, Plastik flattert im Wind. Unzählige Stück Zaun stehen dahinter, grüner Draht, graues Blech, Reihe um Reihe. Sie sind die letzten Stücke, die hier, am Grenzübergang Nickelsdorf, an die Geschehnisse vor fünf Jahren erinnern. Denn am Rand des Areals, wo nun ebenfalls ein paar Meter Zaun stehen, ist die Grenze zu Ungarn. Über die gingen 2015 Geflüchtete nach Nickelsdorf. 300.000 Menschen kamen in den Sommer und Herbstmonaten aus Ungarn ins Burgenland, die meisten davon hier.

Wie haben sich die Erlebnisse von damals in das Gedächtnis von Nickelsdorf und seiner Bewohner eingeschrieben? Und was ist das für ein Ort, der für viele Schutzsuchende den ersten Eindruck bot, den sie von Österreich bekamen?

Nickelsdorf ist das, was man gemeinhin unter Kaff versteht: Knapp 1800 Menschen leben dort, die einzige Bank ist eine Raiffeisenkasse, und es gibt einen Nahversorger, der über Mittag geschlossen hat. Steigt man aus dem Regionalzug, sieht man einen Traktor auf dem Feld hinter dem Bahnsteig – und zwei Bundesheersoldaten, die im Warthäuschen davor sitzen und in ihren Handys scrollen.

Hilfsbereitschaft und Sorge

Josef Pammer steht an seinem Gartenzaun in der Bahnstraße, nur wenige Schritte vom Nickelsdorfer Bahnhof und vier Kilometer vom verwaisten Grenzzaun entfernt. Genau hier, sagt Pammer und zeigt auf die Straße vor seinem Haus, seien eines Morgens vor fünf Jahren plötzlich tausende Menschen vorbeigezogen. Seit sechzig Jahren wohnt Pammer in Nickelsdorf. Der pensionierte Zollbeamte ist im Pfarrgemeinderat und im Tennisklub, er kennt den Ort und auch seine Leute. Als die Masse an Schutzsuchenden hierherkam, war er mit seiner Familie unter jenen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagierten.

Ja, die Diskussionen, ob man helfen solle, habe es gegeben, sagt er, und seine Stirn legt sich in Falten. Auch in seinem Bekanntenkreis sei er auf „radikale Ablehnung“ gegenüber Flüchtlingen gestoßen, oft sei es zu Diskussionen über Arbeitsmarkt und Sozialsystem gekommen, selbst der Pfarrgemeinderat wäre gespalten gewesen. Aber aus seiner Sicht habe man den Menschen „zuerst einmal helfen“ müssen, sagt Pammer. Verklären sollte man die Situation nicht: Er schätzt, dass im Ort etwa ein Drittel der Leute Ressentiments gegenüber Flüchtlingen hätten.

Die tausenden Menschen, die vor Pammers Haus vorbeiwanderten, waren nur die Spitze des Eisbergs. Gerhard Zapfl, roter Bürgermeister des Ortes, weiß genau, von welchem Tag

Pammer spricht. Es war der 11. September 2015, als es den Geflüchteten in Nickelsdorf zu viel wurde und sie ins Dorf Richtung Bahnhof gingen, jener Tag, an dem selbst all die eilig organisierten Busse und Züge sie nicht mehr vom Grenzposten wegbringen konnten.

Flächenbrand blieb aus

Schon seit Tagen war die Lage angespannt gewesen: Am 31. August sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir schaffen das“, am 4. September entschieden sie und der damalige Bundeskanzler Österreich Werner Faymann (SPÖ), die Grenzen zu öffnen. Den 11. September bezeichnet Zapfl rückblickend als „psychologisch bedrohlich“. Dennoch spricht er von einer „friedlichen Zeit“. Ja, es habe „im Untergrund“ der Nickelsdorfer Leute gegeben, „die sich negativ artikuliert haben“, aber der Flächenbrand sei ausgeblieben.

Die Ruhe nach dem Sturm

Hunderttausende Flüchtlinge kamen 2015 nach Nickelsdorf. Die dortigen Bewohner reagierten teils mit Skepsis, teils mit Hilfsbereitschaft. Was bleibt von alledem übrig, fünf Jahre nach einer Zäsur in der globalen Migrationsbewegung?

GRENZGANG: Vanessa Gaigg, Gabriele Scherndl

Wo die Schutzsuchenden ankamen, das war ein Betonfleck; der Grenzübergang Nickelsdorf ist ein riesiges Areal. Auf dem Parkplatz war 2015 das Zentrum der Krise. Unter dem Flugdach war die Erstversorgung eingerichtet. Heute ist dort nur noch ein kleiner Polizeicontainer, hier werden Zollkontrollen durchgeführt und Geflüchtete aufgegriffen, erst vergangene Woche zwei, die sich beim Reserverad eines Lkws versteckt hatten.

Nebenan ist die Pkw-Spur, kilometerlang staut es in Richtung Ungarn, während Bundesheersoldaten Corona-Gesundheitschecks durchführen. Schlepper, Taxis und Privatpersonen brachten die Leute auch aus Ungarn über die Grenze. 222 Schlepper wurden im Jahr 2015 in Neusiedl aufgegriffen, so viele wie in keinem anderen Bezirk. Die Zaunteile, die überall auf dem Areal stehen, wurden 2016 angeschafft, um für eine neuerliche Flüchtlingsbewegung gewappnet zu sein. Gebraucht

wurden sie bisher kaum, auf Zuruf des Innenministers seien sie aber jederzeit einsatzbereit, heißt es vonseiten der Polizei.

Auf der anderen Seite des Grenzareals ist die einstige veterinärmedizinische Station. Der weiße Kasten ist jetzt ein Lagerplatz für Waffen und ein Schlafplatz für Soldaten. Am 27. August 2015 wurden hier aus einem Lkw die Leichen von 71 Menschen geborgen. Bis auf ein Opfer konnten alle Leichen identifiziert werden, die meisten wurden in ihre Herkunftsländer überstellt. 2019 wurden vier Täter wegen besonders grausamen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Meisten „eher aufgeschlossen“

Zurück in Ortskern sitzt fünf Jahre später ein Stammtisch beim Dorfwirt. Es wird Karten gespielt, Bier und Spritzer getrunken. Jeder weiß sofort, worum es gehen soll, wenn die Sprache auf das Jahr 2015 kommt. Einer der Männer, Richard Pfanner, meint, Orbán wäre schuld am Chaos gewesen. Der ungarische Ministerpräsident ließ in diesen Wochen immer wieder willkürlich seine Muskeln an der Grenze spielen. Als Grenzort habe Nickelsdorf schon öfter Erfahrungen mit Flüchtlingen gemacht, sagt Pfanner, während er sich eine Zigarette wuzelt. Der Großteil des Ortes sei auch 2015 „eher aufgeschlossen“ gewesen zu helfen. Er selbst hat sich mehrere Male ins benachbarte ungarische Heygshalom aufgemacht, etwa um zu dolmetschen, Pfanner spricht Ungarisch. „Tschuldigung“, sagt er, weil ihm auch jetzt, fünf Jahre später, Tränen unter der Brille die Wangen hinunterrollen.

Unweit vom Dorfwirt sitzt Mamoun auf einer Bank. 2013 ist er aus Syrien weg, nach Monaten in der Türkei und in Griechenland, einer dreistündigen Bootsfahrt, einem siebentägigen Fußmarsch und nach 50 Tagen im Auffanglager Traiskirchen kam er Ende Juli 2015 hierher ins Dorf. Wenige Wochen nach seiner Ankunft erhielt Mamoun vom Bürgermeister eine Warnweste mit der Aufschrift „Nickelsdorf hilft“ – und er half. „Ich weiß, was der Krieg bedeutet, den diese Leute gesehen haben“, sagt er. Aber jetzt sei auch er froh über die Nickelsdorfer Ruhe, sagt Mamoun, sitzend in seinem Garten, umringt von seiner Familie.

Die Situation hier in der Gegend entspannte sich, als sich nach sechs Wochen die Grenzübertritte zunehmend nach Spielfeld verlagerten. Noch immer werden Geflüchtete in der Gegend aufgegriffen, zuletzt wieder vermehrt, sagen Staatsanwaltschaft und Polizei. Aber sie kommen kaum mehr über den Grenzposten. Gleich hinter dem Feld am Nickelsdorfer Bahnhof liegt Ungarn. Dort ist kein Tür mit Seitenteilen, dort kommen immer noch Geflüchtete her. Aber so, dass die wenigsten Nickelsdorfer es mitbekommen.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Schwerarbeit

Die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten ist vorangegangen, besonders Menschen aus Afghanistan haben Experten positiv überrascht. Trotzdem sind viele nur in Hilfsarbeiterjobs untergekommen. Die Corona-Krise brachte eine neue Wende zum Schlechteren. Es ist fraglich, ob die Abgehängten je wieder Anschluss finden.

ANALYSE: *András Szigetvari*

Seit fünf Jahren wird in Österreich über wenige Fragen so heftig gestritten wie über jene, ob Geflüchtete, die seit 2015 ins Land kamen, es schaffen werden, sich hier zu integrieren. Integration meint meist Integration in den Arbeitsmarkt. Die Diskussion darüber tobt mitunter deshalb so heftig, weil die meisten Menschen aus Afghanistan, Syrien oder dem Irak gekommen sind, also aus einem völlig anderen Kulturkreis.

Obwohl die Frage so umkämpft ist, gibt es keine exakten Zahlen, um sie zu beantworten. Möglich ist nur eine Annäherung. Das AMS erfasst etwa laufend, wie viele Syrer und Afghanen arbeiten. Ob das aber nun Geflüchtete sind oder Menschen, die schon seit langem hier leben, wird nicht ausgewiesen. Das Bundesamt für Asyl kann sagen, dass seit 2015 116.989 Menschen Asyl, subsidiären Schutz oder ein humanitäres Aufenthaltsrecht in Österreich erhalten haben. Aber wie viele dieser

Prozent. Nun hat inzwischen eine Erholung am Jobmarkt eingesetzt. Viele Geflüchtete sind wieder in die Arbeit zurückgekehrt. Diese Gruppe hat also nicht das große Problem.

Dramatisch ist die Situation für jene, die schon länger im Land leben, aber bisher gar nicht gearbeitet haben. Je länger Arbeitslosigkeit dauert, umso weniger sind Unternehmer bereit, Betroffene aufzunehmen. Das ist aus Studien bekannt. Je länger Menschen mitgebrachte Qualifikationen aus der Heimat nicht nutzen können, umso mehr verlernen sie, sagt OECD-Experte Liebig. Ein kräftiger Aufschwung, der die Situation entschärft, ist nicht in Sicht. Ein Teil der bisher nicht arbeitenden Syrer und Afghanen wird auch in Zukunft nichts finden. „So realistisch muss man sein“, sagt Forscherin Kohlenberger.

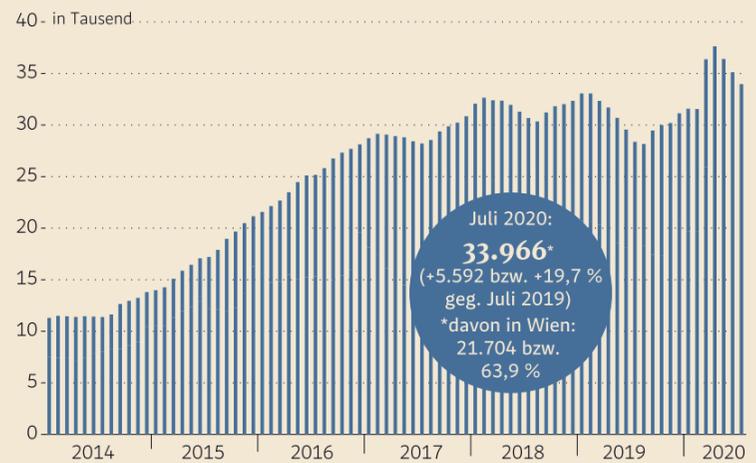
Daraus große Schlüsse für den österreichischen Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit ableiten zu wollen, wie das manche Kommentatoren versuchen, wäre falsch. Denn Wohl und Wehe des Jobmarkts hängt nicht davon ab, wie gut oder schlecht die Integration der Geflüchteten gelingt.

Eine kleine Stellschraube

Asylberechtigte sind nämlich nur eine kleine Gruppe. So gibt es aktuell 3,8 Millionen unselbstständig Beschäftigte. Davon sind 807.000 ausländische Staatsbürger. Der allergrößte Teil sind Deutsche, Ungarn, Rumänen, also Menschen aus anderen EU-Ländern, wo die Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Hinzu kommt eine große Gruppe aus Ex-Jugoslawien und der Türkei. Lediglich 29.000 Menschen aus den typischen Fluchtländern Afghanistan, Syrien, Irak und Iran arbeiten in Österreich, also weniger als ein Prozent aller Beschäftigten. Umgekehrt stammen auch weniger als acht Prozent der 432.000 Arbeitslosen im Land überhaupt aus einem Fluchtland.

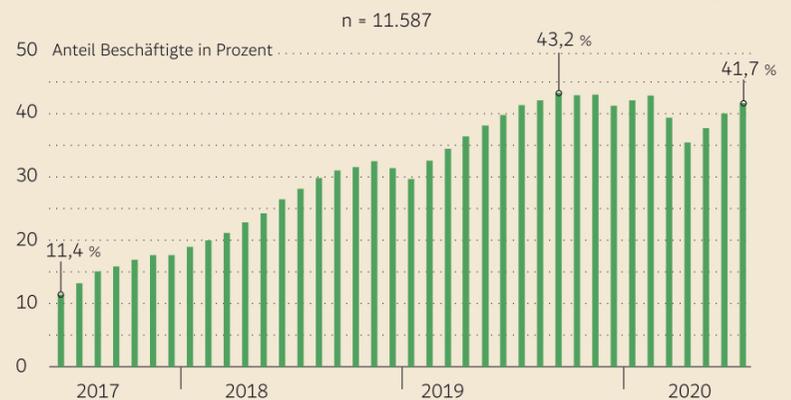
Kein Schwarz-Weiß gibt es bei der Frage, ob Afghanen, Syrer und Iraker eine Bereicherung für den Arbeitsmarkt waren. Die Menschen haben in den meisten Fällen nicht jene Qualifikationen mitgenommen, die in Österreich nachgefragt sind, wie Arbeitsmarktexperte August Gächter sagt. So kam im Zuge der

Die Zahl der arbeitslosen Geflüchteten ist gestiegen ...



Bestand anerkannter Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigter, arbeitslos vorgemerkt oder in Schulung (Juli 2020). Entwicklung seit Jänner 2014 – Österreich

... ebenso die Zahl der Geflüchteten in Beschäftigung



Es handelt sich um eine Kontrollgruppe des AMS: Die Auswertung zeigt Beschäftigung Geflüchteter, die 2016 ihren Aufenthaltsstatus erhielten und im Zeitraum Jänner 2016 bis Juni 2017 beim AMS arbeitslos gemeldet oder in Schulung waren.

Quelle: AMS | DERSTANDARD



Menschen im arbeitsfähigen Alter waren, ist nicht dokumentiert.

Sagen lässt sich, dass von jenen Menschen, die 2015 Asyl bekommen haben und sich dann an das AMS wandten, heute 45 Prozent in Beschäftigung sind. Je kürzer zurück die Zeit der Anerkennung liegt, umso niedriger ist die Beschäftigungsquote. Von jenen Flüchtlingen, die 2017 das Bleiberecht erhielten, haben heute nur 41 Prozent eine Beschäftigung.

Das Glas ist halb voll! Es ist halb leer!

Ist das ein Erfolg oder ein Misserfolg? Es kommt auf die Perspektive an. Laut der Migrationsforscherin Judith Kohlenberger von der WU-Wien lautet eine Faustregel aus vergangenen Fluchtbewegungen, dass fünf Jahre nach ihrer Ankunft etwa die Hälfte der Flüchtlinge im Aufnahmeland Arbeit hat. Dieser Wert wurde in Österreich knapp verfehlt. Doch fünf Jahre nach der Ankunft in einem wildfremden Land ohne Kenntnisse von Sprache und Arbeitsmarkt haben es 45 Prozent der Menschen aus der erwähnten AMS-Kontrollgruppe in einen Job geschafft. Das ist etwas. Das Glas ist demnach halb voll.

Klar ist aber auch, dass diese Beschäftigungsquote im Vergleich zu jener der Österreicher sehr niedrig ist. Unter Inländern liegt sie bei über 70 Prozent.

Und: Die Aussichten haben sich verdüstert. Thomas Liebig, Migrationsexperte bei der Industriestaatenorganisation OECD, formuliert es so: „Wer jetzt noch keinen Job hat, für den wird es jetzt richtig schwierig.“

Das liegt zunächst an der Corona-Krise: Sie hat die ausländische Bevölkerung am Arbeitsmarkt dramatischer getroffen. Die Arbeitslosigkeit unter Afghanen stieg zwischen Jänner und Juli von 30 auf fast 36 Prozent. Bei den Inländern war es nur ein Anstieg von 7,5 auf 7,8

Fluchtbewegung zwar eine größere Zahl an Ärzten und Ingenieuren nach Österreich, die es nicht zuletzt dank der AMS-Unterstützung bei Nostrifizierungen geschafft haben, unterzukommen. Nicht nur, aber gerade in Corona-Zeiten ist das nicht unerheblich.

Dann gibt es eine hohe Zahl an Migranten, die keine Qualifikation mitgebracht haben: Mehr als 20 Prozent der Afghanen, die 2015 kamen, haben nie eine Schule besucht, und noch einmal so viele haben nie eine Volksschule abgeschlossen. Relativ wenige Menschen, die ein Bleiberecht in den vergangenen Jahren erhielten, hatten eine handwerkliche Ausbildung, die in Österreich nachgefragt ist. „Der Mittelbau fehlt“, so Gächter.

Hinzu kam die Tendenz beim AMS wie bei Betroffenen, möglichst rasch Arbeit zu finden. Eine Folge dieser Konstellation ist, dass viele Geflüchtete heute einen schlecht bezahlten Job haben, für den sie überqualifiziert sind: Eine Studie des Internationalen Zentrums für Migrationspolitikentwicklung hat gezeigt, dass ein Drittel der Beschäftigten in Aushilfsjobs tätig ist. Das mittlere Nettoeinkommen geflüchteter Männer betrug Ende 2017 gerade einmal 1200 Euro im Monat. Diese Konzentration in Hilfsarbeiterjobs war es auch, die dafür sorgte, dass die Arbeitslosigkeit unter Syrern und Afghanen in der Corona-Krise viel stärker gestiegen ist. Hinzu kommt noch, dass viele Afghanen im Gastgewerbe und Tourismus gearbeitet haben, einem besonders kri-

sengeplagten Sektor. Wobei es Überraschungen gab. Die tendenziell niedrig qualifizierten Afghanen schlagen sich am Arbeitsmarkt besser als die Syrer. In letzterer Gruppe liegt die Arbeitslosenquote aktuell bei fast 50 Prozent. Die wahrscheinlichste Erklärung dafür lautet, dass Afghanen ohne Vorausbildung eher bereit sind, jedweden Job anzunehmen.

Gekürzte Förderungen beim AMS

Eine herausfordernde Gruppe in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit also. Wie soll es weitergehen? Als Fehler sehen es Experten an, dass ab 2019 ÖVP und FPÖ die Sonderbudgets für Integration beim AMS zusammengestrichen haben, von gut 100 Millionen auf null. Viele der Frauen, die erst jetzt zeitverzögert auf den Arbeitsmarkt kommen, etwa weil sie nach der Asylzuerkennung ein Kind bekamen, können weniger gefördert werden, sagt Kohlenberger.

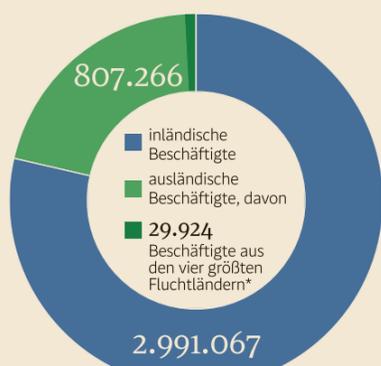
Wenn es richtig ist, dass viele der bisher chancenlosen Geflüchteten weiter keinen Job bekommen werden, drängt sich für den Arbeitsmarktexperten Gächter eine Frage auf. Jene nämlich, ob die Betroffenen nicht über den zweiten oder dritten Arbeitsmarkt, also über staatlich geförderte Stellen, in Jobs gebracht werden können. Eine Art Aktion 20.000 für Geflüchtete, die Betroffene den Anschluss nicht noch weiter verlieren lassen könnte. Ob jemand dieses politische Thema aufgreifen würde?

„Wer jetzt noch keinen Job hat, für den wird es jetzt richtig schwer.“

Thomas Liebig, OECD

Wer arbeitet

unselbstständig Beschäftigte insgesamt 3.798.333



* Irak, Iran, Syrien, Afghanistan

Quelle: AMS | DERSTANDARD